anderer Seite wird folgende Liste verbreitet: Méline Präsidium und Ackerbau, Cordelet Justiz, Hanotaux Aeußeres, Cochery Finanzen, Lebon Handel, General Billot Krieg, Barbey Marine. Die äußerste Linke faßte unter dem Vorsitz Goblet's den Beschluß, im Falle der Bildung eines gemäßigten Cabinets wegen Verletzung der parlamentarischen Regeln und der aus dem allgemeinen Stimmrecht sich ergebenden Rechte zu interpelliren.

* **Paris**, 28. April. (Telegramm.) Die Blätter betrachten die Bildung des Cabinets Méline als sicher; dasselbe würde ein rein gemäßigtes sein mit Hanotaux als Minister des Auswärtigen, Billot als Kriegs- und Besnard oder Barbey als Marineminister. Man sieht voraus, daß das Cabinet von den vereinigten Socialisten und Radicalen heftig bekämpft werden wird. Die meisten Blätter halten die Auflösung der Kammer für nothwendig.

Auch wir haben auf diese Nothwendigkeit bereits hingewiesen. Sie drängt sich jetzt um so mehr auf, als ein rein gemäßigtes Cabinet sofort in den unheilbarsten Conflict mit der radical-socialistischen Linken in der Kammer gerathen wird. Dasselbe wäre übrigens auch bei einem von gemäßigter Seite vorgeschlagenen Kampfministerium Dupuy der Fall gewesen. An ein rein radicales Cabinet war natürlich nicht zu denken, da in diesem Falle der Conflict mit dem Senat von Neuem ausgebrochen wäre. Auf alle Fälle wird es nicht ohne große Erregung, vielleicht nicht ohne blutige Ueberraschungen abgehen. Die Radicalen und ihre noch weiter links stehende Gefolgschaft führen nichts Gutes im Schilde. Gestern kam es wieder in Paris zu einer studentischen Demonstration, und aus der Provinz liegt folgende sensationelle Meldung vor:

* **Lons-le-Saunier**, 28. April. (Telegramm.) Ein 26 Jahre alter Anarchist Nemeas Coltin ermordete inmitten eines Volksfestes ohne jegliche Veranlassung den Maire der Gemeinde Nevy durch Messerstiche. Man schreibt das Verbrechen lediglich dem politischen Hasse zu.

Also auch die Geister des radicalen Umsturzes sind bereits mobil. Das Unheil scheint im Zuge.

Der englische Colonialminister steckt, wie wir das als unumgänglich bezeichneten, die Niederlage, welche er sich in dem Conflict mit Transvaal geholt, ruhig ein und zieht mit einem Male mildere Saiten auf. Die Angelegenheit kam gestern im Unterhause zur Sprache, worüber uns aus London, 27. April gemeldet wird:

Der Staatssecretair Chamberlain erklärt, am Sonnabend sei der Hauptinhalt der Antwort des Präsidenten Krüger auf die Einladung auf telegraphischem Wege eingetroffen. Die volle Wirkung der Antwort könne nicht gehörig gewürdigt werden ohne Kenntniß der ganzen Depesche und des ihr vorausgegangenen Schriftwechsels. Der wichtigste Punct sei die Antwort Krüger's auf das Ersuchen um einen endgiltigen Bescheid auf die Einladung; Krüger antwortet, er sei überzeugt, die britische Regierung werde die Schwierigkeit seiner Stellung anerkennen und würdigen, er halte es für weise, die Frage seiner Reise nach England gegenwärtig nicht zu erörtern, ganz besonders im Hinblick auf die herannahende Tagung des Volksraads, welche im Mai beginne und seine Gegenwart wenigstens während eines Theiles derselben in Pretoria nöthig mache, da wichtige Maßregeln von der gesetzgebenden Körperschaft berathen werden müßten. Es sei klar und er hoffe zuversichtlich, daß durch Geduld und Tact auf beiden Seiten eine friedliche und befriedigende Lösung der Angelegenheit werde erreicht werden. Chamberlain fährt fort, unter diesen Umständen habe die deutsche Regierung für jetzt die Einladung zurückgezogen und an Sir H. Robinson telegraphisch den Wunsch übermittelt, daß, sobald Gover zurückgekehrt sei, und wenn dann die Zustände im Matabeleland es gestatteten, Robinson zu einem kurzen Besuche nach England kommen solle, um mit der Regierung zu berathen und Weisungen zu erhalten, welche er bei ferneren Unterhandlungen, die beschlossen werden könnten, zu befolgen haben werde. Der gesammte Schriftwechsel werde zur Veröffentlichung vorbereitet, und er hoffe, daß derselbe zeitig genug für die am 8. Mai stattfindende Berathung der Angelegenheit in die Hände der Abgeordneten gelangen werde.

Wir werden also nochmals Gelegenheit bekommen, uns mit dem Fiasco der Chamberlain'schen Politik zu beschäftigen, vielleicht erhalten wir dann auch die Lösung des psychologischen Räthsels, daß Chamberlain wenige Tage vor dem Eintreffen der Antwort Krüger's im Unterhaus sagte, die südafrikanische Republik sei das einzige (?) Land unter den civilisirten Nationen, das der Mehrheit seiner Bevölkerung die gewöhnlichsten Bürgerrechte verweigere, und diese Ungerechtigkeiten und Mißbräuche in unterwerfe, sei ein Land, dessen Verwaltung mangelhaft und corrupt sei, und daß der Staatssecretair trotz dieser beschimpfenden Kritik erwarten konnte, Präsident Krüger werde sich nach London in die Höhle des Löwen bemühen. Die Londoner Presse läßt übrigens, soweit bis jetzt übersehbar, diesmal Herrn Chamberlain im Stich, bis auf die „Times" natürlich, die Chamberlain auffordern, Krüger bemerklich zu machen, daß England nur ein Recht beanspruche, wenn es seine Unterthanen vor Unrecht schütze. Der „Standard" giebt zu, daß die Lage in Südafrika Krüger's Abwesenheit gegenwärtig unmöglich mache, und er hofft auf eine spätere Abstattung des Besuchs, „Daily News" sprechen von einer Niederlage Chamberlain's, glauben aber, daß ein Besuch Krüger's in London nicht viel genutzt hätte, und der „Observer" schlägt sogar allen Ernstes vor, Chamberlain solle sich nach Pretoria begeben, um mit Krüger die Ausländerfrage zu erörtern. Dies sei deshalb geboten, weil — was zweifellos richtig ist — nicht die Engländer, sondern die Boeren das maßgebende Element in Südafrika seien und sie selbst im Capland überwiegen. Die Boeren (d. h. die Einwohner holländischer Abkunft) seien — wie von landkundiger Seite unlängst im „L. T." dargelegt wurde — an Zahl so stark, daß sie das ganze Land in ihre Hände bekommen könnten. Diese Thatsache lege England die Pflicht auf, nichts zu versäumen, um die guten Beziehungen zwischen beiden Rassen wiederherzustellen. Das ist das Vernünftigste, was in der ganzen Controverse von englischer Seite bisher gesagt worden ist. Hoffentlich hat der englische Hochmuth das Verständniß für vernünftige Gründe noch nicht ganz verloren!

Deutsches Reich.

D. **Berlin**, 27. April. Diejenige Berliner Zeitung, die sich als den scandalösen Vorfällen der jüngsten Zeit nahestehend erwiesen und auch das Duell Kotze-Schrader angekündigt hat, erklärt heute ihre dreiste Absicht, sich an den Kaiser mit einer von ihr veranstalteten, im breitesten und widerwärtigsten Reclamestil geschilderten Publication heranzudrängen zu wollen. Hoffentlich walten die Hofbeamten ihres Amtes.

* **Berlin**, 27. April. Die Kleinhändler in Lübeck („Detaillisten") haben dem Reichstagsabgeordneten für Lübeck, Rechtsanwalt Dr. Görtz, einen Beschluß des Detaillisten-Vereines unterbreitet: er möge bei der Berathung des Gesetzentwurfs über den unlauteren Wettbewerb im Reichstag einen Antrag einbringen, dahingehend, daß in das Gesetz ein Paragraph aufgenommen werde, daß Jeder, der in der Absicht, Käufer heranzulocken, Waaren mit niedrigen Preisen ausstellt und dann zu hohen Preisen verkauft oder zu verkaufen sucht, bestraft wird. Hierzu bemerkt die „Deutsche Tagesztg.": „Ueber die Einfügung einer Bestimmung, nach welcher Kaufleute, welche in Schaufenstern und Auslagen Waaren nicht vertretbarer Art mit Preisangaben versehen, gezwungen werden können, eben diese Waaren zu den ausgestellten Preisen zu verkaufen, haben unter den Parteien der Rechten schon Erwägungen stattgefunden. Wir können mittheilen, daß noch zur dritten Lesung des Gesetzentwurfs zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes ein entsprechender §. 4a beantragt werden soll." — Das Verlangen nach einer Einbeziehung der unreellen Schaufenster-Reclame in die Fälle des unlauteren Wettbewerbs wird, wie die „B. M. N." constatiren, durch den allgemein gehaltenen Text des §. 4 des Gesetzentwurfs bereits gegenwärtig erfüllt. Daselbst heißt es, daß wissentlich unwahre und zur Irreführung geeignete Angaben auch über die „Preisbemessung" von Waaren unter die im §. 4 vorgesehene Strafe fallen. Jeden Zweifel in dieser Beziehung schlicht die dem Regierungs-Entwurf beigegebene Begründung aus, welche ausdrücklich hervorhebt, daß für die Strafbarkeit einer unzulässigen Preisbemessung z. B. in Betracht kommt, wenn im Widerspruch mit dem Sachverhalt Waaren als unter dem Einkaufspreise u. s. w. erhältlich ausgeboten werden oder wenn — etwa in den Auslagen von Schaufenstern — billigere Preise zur Ankündigung gelangen, als sie beim Kaufe thatsächlich in Rechnung gestellt werden.

* **Berlin**, 27. April. Gegen die fortdauernden Etatsüberschreitungen hat die Rechnungscommission des Reichstags zum ersten Mal durch Ablehnung einer Etatsüberschreitung Front gemacht. Die Uebersicht der Reichsausgaben und Einnahmen für 1894/95 weist, wie s. Zt. mitgetheilt wurde, Etatsüberschreitungen von 42¼ Millionen Mark auf, worin allerdings auch die Einnahmeüberschüsse eingerechnet sind. Hierzu beantragt die Rechnungscommission die Etatsüberschreitung von 393 371,12 ℳ „zu Versuchen im Bereich des Artilleriewesens" nicht zu genehmigen und zugleich die Regierung zu ersuchen, eine baldige Aenderung der Verordnung über die Umzugskosten für die gesandtschaftlichen und consularischen Beamten in Erwägung zu nehmen. In Bezug auf die Versuche für das Artilleriewesen heißt es im Bericht:

„Wenn dies, wie in den Motiven erklärt wird, durch die fortdauernd bezw. in erhöhtem Maße nothwendig gewordenen umfangreichen Versuche auf dem Gebiete des Artilleriematerials und der Munition herbeigeführt wird, so sollte diese Nothwendigkeit bei der Bewilligung des Etats nachgewiesen werden. An sich unterliegt der Umfang derartiger Versuche keinem äußeren Zwange. Es ist deshalb noch der Nachweis zu erbringen, warum diese Versuche nicht innerhalb des Rahmens der gewachten Bewilligungen gehalten sind. Die Militärverwaltung erklärte, die Fortschritte auf dem Gebiete der Waffentechnik seien in neuerer Zeit so gewaltig, daß sich die deutsche Heeresverwaltung der Verpflichtung, sie durch Anstellung von Versuchen zu prüfen, nicht entziehen könne, wenn nicht die deutsche Artillerie vom Auslande bald überflügelt werden soll. Das Tempo der Versuche sei daher kein freiwilliges, sondern werde durch die Entwickelung der Technik aufgezwungen. Die Fortschritte treten unvorgesehen und überraschend auf und gestatten nicht, mit den Versuchen zu warten, bis die Mittel im Etat bereitgestellt sind. Die für solche Versuche nothwendigen Mittel nicht rechtzeitig aufzuwenden, könnte sogar die bedenklichsten Folgen haben. Es wurde der Antrag des Berichterstatters, die Genehmigung der Etatsüberschreitung zu versagen, mit 6 gegen 2 Stimmen angenommen. Die Commission lehnte es ab, in weitere Erörterungen darüber einzutreten, zu welchen staatsrechtlichen Consequenzen dieser Beschluß führen werde; sie sah kein anderes Mittel, eine Nichtbewilligung vorgekommener Etatsüberschreitungen auszusprechen, als die Ablehnung ihrer Genehmigung."

Zu lebhaften Anstellungen gaben dann die hohen Umzugskosten und Tagegelder für die gesandtschaftlichen und consularischen Beamten Anlaß. So sind dem Botschafter Grafen Eulenburg für den Umzug von München nach Wien 21 506 ℳ Umzugskosten vergütet worden; der Ministerresident Graf Kleist hat für die Reise von Stuttgart nach Caracas 24 033 ℳ erhalten. Dem Gesandten Frhrn. v. Pfeffen sind für den Umzug von Darmstadt nach Athen 13 254 ℳ vergütet worden, dem Ministerresidenten Luerßen für den Umzug von Oporto nach Bogota 16 916 ℳ, dem Gesandten von Derenthall für den Umzug von Weimar nach Lissabon 14 054 ℳ. Die dazu angenommene Resolution soll auf die endliche Revision des bisherigen Reglements hinwirken. Schließlich wurden auch die Etatsüberschreitungen bei den Einberufungen der Officiere des Beurlaubtenstandes bemängelt.

— Fürst Ferdinand von Bulgarien wird nach den bisherigen Bestimmungen am Donnerstag aus Paris hier eintreffen und im königlichen Schlosse absteigen. Auf der türkischen Botschaft wird ihm zu Ehren eine größere Festlichkeit stattfinden.

— In der Commission für das Bürgerliche Gesetzbuch hat heute Abg. Gröber (Centr.) zahlreiche Anträge zu den Bestimmungen über die Ehescheidung eingebracht. Danach soll § 1314 (Eine Ehe kann von dem Ehegatten angefochten werden, der zur Zeit der Eheschließung oder im Falle des § 1308 zur Zeit der Bestätigung in der Geschäftsfähigkeit beschränkt war, wenn die Eheschließung oder die Bestätigung ohne Einwilligung seines gesetzlichen Vertreters erfolgt ist.) gestrichen werden. § 1316 soll durch folgende Fassung ersetzt werden: „Eine Ehe kann von dem Ehegatten angefochten werden, der sich bei der Eheschließung in der Person des anderen Ehegatten geirrt hat." Von größter Bedeutung ist die Vorschrift, welche als § 1549a eingefügt werden soll: „Ein Ehegatte kann auf Scheidung klagen, wenn der andere Ehegatte die zugesagte kirchliche Trauung verweigert. Das Gleiche gilt, wenn die Ehegatten derselben Religionsgesellschaft angehören und auf Verlangen des einen Theils der andere Theil die kirchliche Trauung verweigert."

— Das Kreuzergeschwader erhielt den Befehl, von den japanischen nach den chinesischen Gewässern zu laufen, um in den ersten Tagen des Monats Mai 800 Mann neue Besatzung in Hongkong an Bord zu nehmen.

— Ueber eine Friedensfeier der deutschen Kriegsveteranen wurde am Sonntag in einer Versammlung von Veteranen in der Brauerei Friedrichshain vom Verbandsvorsitzenden Mittheilung gemacht. Danach ist auf eine Betheiligung von mindestens 16 000 alten Kriegern aus allen Theilen Deutschlands zu rechnen. In vier Regimenter eingetheilt, werden sich am 11. Mai die Theilnehmer um 1 Uhr am Kupfergraben versammeln. Um 2 Uhr findet im Beisein des gesammten Officiercorps der Berliner Garnison Feldgottesdienst statt. Der Abmarsch durch die Universitätsstraße über den Lustgarten, nach dem Rathhause und dem Königsthore, wo ein Triumphbogen errichtet werden soll, beginnt um 3 Uhr regimenterweise mit Musik. Hierauf begeben sich das erste und zweite Regiment nach der Brauerei Friedrichshain, das dritte und vierte nach dem Schweizergarten. Für die Fahrt nach und von Berlin hat Minister Thielen den Veteranen Militairkarten bewilligt, während patriotische Bürger Freiquartiere für die alten Krieger in Aussicht gestellt haben.

— Im Processe Hammerstein war auch die Uebernahme der „Landwirthschafts-Zeitung" durch Freiherrn v. Hammerstein zur Sprache gekommen. Die „Deutsche Landwirthschafts-Zeitung" (Dr. Theodor Waage) bittet nun, mitzutheilen, daß die in dem Proceß erwähnte „Landwirthschafts-Zeitung" nicht etwa die Fortsetzung der „Deutschen Landwirthschafts-Zeitung", sondern ein Concurrenz-Unternehmen war, welches mit fast genau übereinstimmender Ausstattung (!) von Herrn von Hammerstein ins Leben gerufen wurde und bereits nach wenigen Monaten wieder einging. Die „Deutsche Landwirthschafts-Zeitung" besteht noch heute und steht im 40. Jahrgange.

— In Sachen Auer und Genossen wegen Geheimbündelei wird am 15. Mai und in den folgenden Tagen vor der Strafkammer des Landgerichts verhandelt werden.

— Im „Hambg. Corr." lesen wir:

„Nach unserer, auf zuverlässigen Informationen beruhenden Auffassung ist die Reichsregierung nicht gewillt, in der Transvaal-Frage über die von dem Staatssecretair Frhrn. v. Marschall im Reichstag erhobene Forderung der Aufrechterhaltung des status quo hinauszugehen. Schon daraus ergiebt sich, daß die sensationellen Meldungen eines Berliner Blattes, wonach deutscherseits Schritte gethan oder beabsichtigt sein sollen, um die Neutralisirung Transvaals und der Delagoabai herbeizuführen, der thatsächlichen Unterlage entbehren. Diese Frage könnte nur von Pretoria aus auf das Tapet gebracht werden."

— In der Confectionsbranche sind die Streitigkeiten in eine neue Phase getreten. Der Verein der Engrosfirmen hat, wie telegraphisch schon gemeldet, den Beschluß gefaßt, den bei den Abmachungen vom 13. Februar d. J. festgesetzten Lohnzuschlag von 12½ Procent nicht mehr zu zahlen und dies dem Berliner Gewerbegericht mitzutheilen. Damit ist der Vertrag zwischen den Confectionairen, Meistern und Arbeitern, der die Grundlage der Einigung bildete, thatsächlich aufgelöst. Das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts wird nun sofort die Mitglieder der verschiedenen Commissionen zusammenberufen, um Stellung zu diesem Beschlusse zu nehmen. In den Kreisen der Meister, wie in denen der Arbeitnehmer will man, der „Post" zufolge, nunmehr der Frage näher treten, ob sich nicht auf der Grundlage eines Minimaltarifs eine für alle Betheiligten befriedigende Lösung der Wirren herbeiführen lasse.

— Als Antwort auf die Aussperrung der Clavierarbeiter haben heute früh 5000 Arbeiter der Musikinstrumentenbranche die Arbeit eingestellt. Sie fordern 10—15 Proc. Lohnerhöhung und Freigabe des ersten Mai. Der für heute proclamirte Ausstand der Mechaniker ist nur in beschränktem Maßstabe eingetreten.

— Der „Kreuzztg." zufolge ist dem bisherigen Landesdirector von Brandenburg von Levetzow der Rothe Adlerorden I. Cl. verliehen worden.

— Der Unterstaatssecretair im Auswärtigen Amt Wirkliche Geheime Rath Freiherr v. Rotenhan hat einen mehrwöchigen Urlaub angetreten.

* **Friedrichsruh**, 26. April. Fürst Bismarck empfing heute Mittag eine Deputation von sechs Herren aus dem Regierungsbezirk Wiesbaden. Nach einer Ansprache des Regierungs-Präsidenten v. Tepper-Laski, in welcher dieser den Gefühlen unwandelbarer Treue der nassauischen und hessischen Bevölkerung des Regierungsbezirks für den Fürsten Ausdruck gegeben und von der bevorstehenden Errichtung eines Denkmals für denselben in Wiesbaden Mittheilung gemacht hatte, sprach der Fürst ausführlich über seine Erinnerungen an Wiesbaden und über die Gründe, welche ihn seiner Zeit bestimmt hätten, sich für die Annexion Nassaus zu entscheiden. Auch während der Frühstückstafel führte der Fürst eine äußerst angeregte Unterhaltung. — Fürst Bismarck's Aussehen ist vortrefflich.

* **Aus Hannover**, 25. April. Die von dem welfischen Pastor Budde in Schnega ohne Genehmigung der Behörden kürzlich errichtete Privatschule ist von der Aufsichtsbehörde geschlossen worden.

* **Wartburg**, 26. April. Als Gast des Großherzogs weilte hier, der „Köln. Ztg." zufolge, während der Kaisertage der Historiker Professor Dr. W. Oncken aus Gießen.

* **Stuttgart**, 26. April. Die staatsrechtliche Commission der Abgeordnetenkammer ist mit ihrer Berathung des Gesetzentwurfes über die sogenannten Religionsreversalien zum Abschlusse gelangt. Die Berichte der Mehrheit und der Minderheit der Commission werden demnächst in Druck erscheinen. Die Mehrheit lehnt Art. 1 ab, indem sie insbesondere die von dem kirchlichen Gesetze in Aussicht genommene Berufung dreier evangelischer Mitglieder des Geheimen Rathes mit der Verpflichtung zum Eintritte in die Kirchenregierung beseitigt haben will. Die Minderheit beantragt unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs. Die Entscheidung durch die Kammer wird wohl bald nach deren Zusammentritt im nächsten Monat erfolgen. Wie der „Schwäb. Merkur" erfährt, hat sich die Commission auch mit einem Antrag beschäftigt, wonach die Staatsregierung um Neuregelung des sogenannten königlichen Placets für die evangelische Kirche gebeten werden soll. Der Antrag bezweckt eine Abschwächung des Aufsichtsrechts des Staatsoberhaupts über die Verordnungen der Kirchengewalt in ähnlicher Weise, wie sie zu Gunsten der katholischen Kirche durch ein Gesetz von 1862 herbeigeführt wurde. Die Mehrheit der staatsrechtlichen Commission hat dem Antrag zugestimmt.

* **Offenburg**, 25. April. (Frankf. Ztg.) Der Redacteur des hiesigen Centrumsblattes, der „Offenb. Ztg.", hatte sich vor dem Schwurgericht wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen zu verantworten, weil er die Civilehe als ein „legales Concubinat" bezeichnet hatte. Die Geschworenen sprachen ihn jedoch frei.

* **München**, 27. April. König Otto vollendete heute sein 48. Lebensjahr. Aus diesem Anlaß fand im Dom, in allen katholischen Stadtpfarrkirchen und in der protestantischen Matthäuskirche Gottesdienst statt.

---

sollte, dann wird mir der Anblick dieser Zeilen wieder Muth einflößen."

„Nun, nun, wo willst Du hin?" rief die Marquise; „was ficht Dich an? Die Verliebten sind doch wahre Narren! Habe ich Dir schon gesagt, daß ich Deine Sache aufgebe, daß ich an einem glücklichen Ende verzweifle? Warte doch wenigstens, bis ich Dir's sage, ehe Du Dich so tragisch geberdest."

Marence kehrte wieder um und blickte seine Tante unschlüssig an.

„Wo willst Du hin?" hob die Marquise noch ärgerlicher wieder an; „willst Du Dich aufhängen oder willst Du wieder in die Bretagne heim?"

„Ich glaube, liebe Tante", antwortete Marence mit gezwungenem Lächeln, „daß das Letztere für mich den meisten Reiz hätte".

„Das lasse ich mir gefallen", gab die alte Dame etwas besänftigt zurück; „aber auch in diesem Fall bitte ich Dich ein paar Tage zu warten, ehe Du diesen schönen Entschluß ausführst. Gehe nach Hause und verlasse Dich ein wenig auf die Zeit, den Zufall und Deine alte Tante. Lies meinetwegen das Briefchen, so oft Du willst, wenn es Dir so sehr gefällt, und wisse, wenn es Dir Vergnügen machen kann, daß ich jetzt der Madame de Lubersac eine kleine Schuld zurückzuzahlen habe, und daß mir dies mein Verlangen, an Deinem Glück zu arbeiten, verdoppelt und verdreifacht. Geh', mein Sohn, nimm mir's nicht übel, daß ich ein wenig mürrisch gewesen bin; Du hast mich eben in einem Augenblick gestört, wo ich gerade den Kopf voll hatte."

Marence ging. Die Marquise de Chalançay machte sich wieder eifrig an's Stricken. In den ersten jetzt folgenden Minuten schien es, als ob etwas in ihren Gedanken oder ihrer Wolle nicht in Ordnung wäre; sie hielt inne, zupfte ungeduldig an dem Gebinde, rückte auf ihrem Lehnstuhl hin und her, stampfte auch ein paar Mal mit der Fußspitze auf den Teppich; aber bald schien ihre Arbeit leichter zu gehen, und ein schadenfrohes Lächeln lief über ihre Lippen; rasch strickte sie zwei Nadeln voll herunter, dann warf sie ihre Arbeit lebhaft bei Seite und zog an der seidenen Trodbel, die neben ihr hing. Sogleich trat ein Bedienter herein.

„Man soll mir einen Wagen holen", rief sie.

„Jean hat soeben angespannt", antwortete der Bediente.

„So soll er wieder ausspannen!" erwiderte die Marquise; „ich will einen Fiaker haben. Du wirst mich allein begleiten, aber nicht in Livrée".

„Und doch giebt es Leute, die das nicht beachten", murmelte sie für sich, als der Bediente hinausgegangen war, um ihre Befehle auszurichten, „und das ist ein großer Fehler; sich selbst kann man bloßstellen, aber man muß immer seine Livrée respectiren."

Nachdem sie diese diplomatische Maxime halblaut vorgetragen hatte, hüllte sich die Marquise in einen dunkelfarbigen Cachemirshawl, setzte sich einen langen engen Hut auf, der ihr Gesicht verbarg und gab, indem sie in den herbeigehaltenen Fiaker stieg, dem Bedienten, der sich neben den Kutscher setzte, ihre Befehle.

Der Wagen rollte schnell vorwärts und hielt bald nachher am Thore eines großen Palais, das Allen als das Hotel des nur zu berühmten Polizeiministers Fouché bekannt war.

Die Marquise flüsterte abermals ihrem Bedienten, der an den Wagenschlag getreten war, ein paar Worte ins Ohr, worauf derselbe in der geschäftigen Menge verschwand, die die Höfe füllte, während sich seine Herrin in den Wagen zurückwarf.

Nach einer Viertelstunde erschien der Bediente wieder, begleitet von einer ganz in Schwarz gekleideten Person, in der man, nach ihrer ernsten Haltung und sicheren Miene, eines der einflußreichsten Glieder der Bedienung des Hotels erkennen durfte. Dieser Herr öffnete selbst den Kutschenschlag, bot Madame de Chalançay ehrerbietig den Arm zum Aussteigen und sagte zu ihr mit gemessenem Tone:

„Wenn die Frau Marquise die Güte haben will, in dem Zimmer zu warten, wohin ich die Ehre haben werde, sie zu führen, so wird der Herr Minister sie bald empfangen. Ich hätte sogar Seine Excellenz benachrichtigt, wenn der ausdrückliche Befehl der Frau Marquise mich nicht abgehalten hätte, und ich zweifle nicht, daß, wenn ich ihren Namen . . ."

„O mein Gott! lieber Herr, es hätte mir äußerst leid gethan", sagte die Marquise beim Aussteigen und fügte hinzu, indem sie ihrem Führer durch eine kleine Thür und über Nebentreppen, die den Weg bedeutend abkürzten, folgte: „Ich habe Zeit zu warten, bis es Sr. Excellenz belieben wird. Melden Sie mich, ich bitte Sie, ja erst, wenn dieselbe nicht mehr beschäftigt ist."

Die schwarzgekleidete Person verneigte sich zum Zeichen des Gehorsams, ließ die Marquise in einen kleinen Salon eintreten, der ganz mit Teppichen und Vorhängen verstopft war und worin einige Lehnstühle standen, und verschwand. Die Marquise blieb allein.

Dieser kleine Salon stieß an das Cabinet des Ministers; er war eine Art zweites Vorzimmer, worin die bevorzugten Personen und Diejenigen, die von den übrigen Bittstellern nicht gesehen werden sollten, ihre Audienz erwarteten. Nur eine große Thür mit zwei Flügeln und vergoldeter Füllung trennte sie von Fouché's Zimmer; aber die Tapeten und Thürvorhänge fingen so vollkommen jeden Laut auf, daß man auch nicht das geringste Geräusch weder von innen noch von außen vernahm.

Etwa nach einer halben Stunde des Erwartens sah endlich die Marquise die vergoldete Thür sich in ihren Angeln drehen. Ihr Führer erschien wieder und gab mit derselben ehrerbietigen und gewichtigen Miene Madame de Chalançay das Zeichen, in das Cabinet des Ministers einzutreten; dann schloß er die Thür vorsichtig hinter ihr zu und hielt sich bereit, sie nach Schluß der Audienz zurückzugeleiten.

Wir sagten eben, daß dieses Zimmer die für die Umgebung des Cabinets eines Polizeiministers höchst kostbare Eigenschaft besaß, für jeden Laut undurchdringlich zu sein. Gleichviel daher, ob der schweigsame Führer vor Neugierde brannte, die wichtige Angelegenheit zu erfahren, die die alte Dame zu Seiner Excellenz dem Herrn Herzog von Otranto führte, oder ob er, zu gewohnt, die höchstgestellten Persönlichkeiten der Gesellschaft sich in den Vorzimmern seines Herrn einander ablösen zu sehen, [illegible] die täglich sich erneuernden Ueberraschungen gänzlich abgestumpft war: kein zu laut gesprochenes Wort, kein unvorsichtiger Ausruf drang durch die große Thür, an die er sich lehnte, und etwaige Muthmaßungen, die er hätte machen können, blieben ohne Nahrung; aber im Augenblick, wo die Thür sich wieder öffnete, um die Marquise zu entlassen, welche der Minister höflich zurückgeleitete, konnte er einige der zwischen den Beiden gewechselten Worte erhaschen.

„Seien Sie versichert, Frau Marquise", sagte Fouché, indem er kleine funkelnde Augen, deren List lange Augenlieder verschleiern zu wollen schienen, auf Madame de Chalançay heftete, „daß ich glücklich bin, Ihrer Familie nützen zu können. Ich zweifle nicht, daß Alles Ihnen nach Wunsche gehen wird. Wollen Sie mich nur von Allem, was bei Ihnen vorfällt, unterrichten; ich werde mein Möglichstes thun. Aber nehmen Sie sich in Acht, ich compromittire mich für Sie, und ich weiß nicht, was der Kaiser sagen wird."

„Er ist zu fern von hier und zu beschäftigt, um sich mit solchen Kleinigkeiten zu befassen", antwortete lächelnd die Marquise; „übrigens würden Ihnen hundert Antworten zur Verfügung stehen. Wissen Sie nicht, daß der Kaiser die Frauen nicht gern hat, die sich mit Politik und Literatur abgeben, anstatt ihm künftige Rekruten zu liefern?"

„Und sollte diese etwa literarische Politik treiben?" frug der Minister ebenfalls lächelnd.

„Ich möchte für nichts stehen, auf jeden Fall kann man es ja vorgeben", fuhr die Marquise in gleichem Tone fort und that zwei Schritte vorwärts zum kleinen Salon, blieb aber noch einmal stehen und fügte hinzu: „Uebrigens haben Sie mir versprochen, die größte Achtung anzuempfehlen."

„In dieser Beziehung haben Sie nichts zu fürchten . . . aber, wahrhaftig, ich würde so etwas für Niemand anders thun . . . Vorsicht und Verschwiegenheit, Frau Marquise!"

„Die Sache bleibt ganz unter uns, Excellenz", erwiederte die Marquise, indem sie sich noch einmal verneigte.

Das ernste verwelkte Gesicht des allmächtigen Ministers verschwand wieder hinter der Thür des Cabinets und leichten Schrittes durcheilte Madame de Chalançay die winkligen Gänge, durch welche ihr Führer sie geleitete; so kam sie in den großen Hof zurück, überschritt ihn, fand ihren Fiaker wieder und gab, indem sie sich mit der Miene vollkommener Zufriedenheit hineinwarf, Befehl, sie in ihr Hotel zurück zu fahren.

Zwei Tage nachher empfing Marence d'Arton den folgenden Brief:

„Mein lieber Marence, ein unglaubliches Ereigniß, von dem ich vielleicht die erste Nachricht erhalte, hat sich soeben in dem Hotel der Straße Saint-Honoré zugetragen. All unsere Pläne sind zu nichte; ich weiß nicht, was uns zu thun bleibt. Komme sofort zu mir. Es ist mir nicht möglich, Dir zu melden, worum es sich handelt, dieser Brief könnte in unzuverlässige Hände fallen."

Das Billet war nicht unterzeichnet, aber Marence erkannte leicht die Unterschrift seiner Tante; er eilte sofort mit klopfendem Herzen zu ihr, um die versprochene Erklärung zu erhalten. Die alte Dame schien sehr aufgeregt.

„Lieber Freund," sagte sie zu Marence, ohne seine Fragen abzuwarten, „was sich da zuträgt, ist wahrhaft unbegreiflich! Madame de Lubersac ist heute Morgen aus ihrem Hotel verschwunden. Man glaubt, daß sie auf höheren Befehl verhaftet worden ist."

„Großer Gott! Das ist unmöglich!" rief d'Arton aus.

„Sehr möglich, versichere ich Dir. Alles ist wenigstens ruhig und mit der vollkommensten Höflichkeit abgelaufen."

„Und Antonine?"

„Antonine scheint nicht beunruhigt worden zu sein; wie es heißt, hat man sich darauf beschränkt, ihr jede Aufklärung über das Schicksal ihrer Stiefmutter oder deren etwaiges Verbrechen zu verweigern."

(Fortsetzung folgt.)

SLUB
Wir führen Wissen.